

**Friedensandacht am 13. April um 13 Uhr in Trittau:
130 Jahre Rheinmetall – 70 Jahre Grundgesetz**

„**Suche Frieden und jage ihm nach!**“ (Psalm 34,15) – so heißt die biblische Jahreslosung für 2019. Und so stehen wir hier: als Suchende, als Jäger. Meine Suche, meine Jagd nach Frieden will ich hier und jetzt beim Grundgesetz (GG) beginnen lassen. Das ist nämlich eine ganz heiße Spur. Wir sollten uns heute nicht nur an die in vieler Hinsicht schmutzige 130jährige Geschichte des Rüstungskonzerns Rheinmetall erinnern. Sondern auch an ein Geburtstagskind, das es wert ist, wirklich gefeiert zu werden: das GG der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben Anlass, mit Stolz und Selbstbewusstsein dies kleine schwarz-rot-goldene Büchlein zu schwenken. Vor 70 Jahren, nämlich am 23. Mai 1949, wurde es verkündet. In der Präambel heißt es:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Beseelt von dem Willen, in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen! Das muss man sich erstmal auf der Zunge zergehen lassen! Was für ein Auftrag, was für eine leuchtende und klare Willensbekundung der Väter und Mütter des Grundgesetzes! Wir sollten zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes unsere Nationalfahne mit diesem Schriftzug bemalen, sie überall hissen, vor unseren Parlamenten und auf öffentlichen Plätzen, um uns und unsere Parlamentarier daran zu erinnern, was zu tun unsere Verpflichtung ist. Und wir sollten diese mit der Präambel beschrifteten Fahnen auch an den Orten hissen, wo diesem erklärten Willen zuwidergehandelt wird, zum Beispiel bei Rheinmetall, ob hier in Trittau oder in Unterlüß oder in Düsseldorf oder in Berlin.

Wir protestieren heute nicht nur gegen etwas. Sondern wir pochen darauf, dass die Regierung die Richtlinien des Grundgesetzes umsetzt.

Denn es schreit zum Himmel und ist gerade obzön, dass deutsche Firmen und Aktionäre am Geschäft mit dem Tod Geld verdienen. Das renommierte schwedische Friedensforschungsinstitut „SIPRI“ (Stockholm International Peace Research Institute) hat gerade wieder Zahlen veröffentlicht, die dokumentieren, dass deutsche Exporte überproportional steigen: Deutschland konnte bei Waffengeschäften einen Zuwachs um 13 Prozent verzeichnen. Damit bleibt Deutschland auf Platz 4 der größten Waffenexporteure, hinter Frankreich, Russland und den USA.

Das Magazin "Stern" hat zusammen mit einem Recherchebündnis gerade nachgewiesen, dass der Krieg im Jemen ohne diese Rüstungsgüter nicht möglich wäre. Die Rechercheure haben viele der gelieferten Waffen durch Geolokalisierung im Kriegsgebiet aufgespürt. Selbst aus Trittau wurden dort Hülsen von Blend-Granaten („flash-bang“) gefunden. Damit ist das Argument der Bundesregierung hinfällig, dass schriftliche Erklärungen der Empfängerländer ausreichen, um einen Verbleib im Land zu sichern. Solche Endverbleibserklärungen können nicht garantieren, dass Waffen nicht in Krisengebiete gelangen. Hauptempfänger amerikanischer und europäischer Rüstungsprodukte sind ausgerechnet die Länder des Nahen und Mittleren Ostens. Saudi-Arabien steht ganz oben auf der Liste der Rüstungsimpporteure.

Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ untersagen derartige Geschäfte.

Es ist eine Schande, dass dies trotzdem geschieht. Und es ist grundgesetzwidrig, also ein Verfassungsbruch.

In Artikel 26 des GG heißt es unmissverständlich:

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Wo bleibt unsere dritte Gewalt, die Justiz? Wo sind die Staatsanwälte, die Anklage erheben? Denn deutsche Firmen, oft outgesourced und im Geheimen operierend, stören das friedliche Zusammenleben der Völker, sie munitionieren Regime, die Angriffskriege vorbereiten und führen.

Übrigens, in diesem Zusammenhang: Wussten Sie das? Von der US-Air-Base Ramstein aus wird Krieg geführt. Die SZ (23.3.2019) hat gerade noch einmal in einem großen Artikel darauf hingewiesen, dass sich dort die Flugleitzentrale für US-Drohneinsätze befindet, von dort werden Killer-Drohnenflüge koordiniert. Das ist ein Skandal! Die SZ weist darauf hin, worauf sich die Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung vertraglich verpflichtet hat:

„In dem Vertrag steht gleich am Anfang, ‘dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird’. Dieser Vertrag von 1990 ... ist kein billiges Stück Papier. Es handelt sich um den Vertrag, der die Nachkriegszeit beendet und den Weg zur Wiedervereinigung geebnet hat. Die zwei damaligen deutschen Staaten haben ihn mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges beschlossen.“ Und dann heißt es weiter in der SZ unter Verweis auf das Grundgesetz und den Grundsatz, dass die Todesstrafe abgeschafft ist, zu diesen Drohneinsätzen: „Es ist verfassungswidrig, auf deutschem Boden oder von deutschem Boden aus Exekutionen zu vollziehen.“ Genau das geschieht.

Nochmals frage ich: Wo bleiben unsere Staatsanwaltschaften, um da zu ermitteln?

Wir stehen hier nicht nur als Verfassungspatrioten, die die Einhaltung des Grundgesetzes fordern, sondern auch als Christenmenschen. Wir suchen den Frieden und versuchen, ihm nachzujagen.

Ich will dazu einen konkreten Vorschlag in die Debatte werfen. Deutschland steht unter dem Druck der NATO, weil es sich wie alle Mitglieder – übrigens lange vor Trump – dazu verpflichtet hat, zwei Prozent seines Bruttosozialprodukts für Verteidigung auszugeben. Verpflichtungen müssen eingehalten werden. Gleichzeitig stehen sie im Widerspruch zur Friedenspflicht unserer Verfassung und erst recht zu unserem Auftrag als Christenmenschen, Frieden zu stiften.

Mein Vorschlag daher: Die BRD stiftet unter Verweis auf die eigene Verfassung die NATO dazu an, den Verteidigungsauftrag präziser zu fassen. Die NATO will Frieden sichern und nicht Krieg führen. Die oft und viel beschworene Wertegemeinschaft des Nordatlantikpaktes kommt dann am besten zur Geltung, wenn das Verteidigungsbündnis Frieden schafft mit immer weniger Waffen.

Will sagen: Zwei Prozent – ja! Doch im Rahmen eines umfassenden Konzeptes auch nichtmilitärischer Friedenssicherung. Also für Projekte des Entwicklungshilfe-Etats, des Katastrophenschutzes und zur Unterstützung der vielen NGOs, die sich weltweit für fairen Handel, Klimagerechtigkeit und Stabilisierung demokratischer Strukturen einsetzen. Unsere Bundesregierung mit der stärksten Volkswirtschaft Europas sollte sich nicht wegducken vor

finanziellen Verpflichtungen, sondern selbstbewusst vorangehen, um das zwei-Prozent-Ziel zügig zu erreichen, und zwar, indem es massiv umschichtet und in Gerechtigkeit investiert.

Schwerter zu Pflugscharen – das prophetische Motiv aus der Bibel hat noch nicht ausgedient. Rüstungskonversion ist möglich. Auch bei Rheinmetall. Windräder, Solarfarmen, Wasseraufbereitungsanlagen, Unterstützung des technischen Hilfswerks mit Gerät – „Deutschland hilft“, „Brot für die Welt“: all das ist exportfähig und könnte den Hamburger Hafen verwandeln von einer Drehscheibe der Gewalt – täglich gehen da Munition und Rüstungsgüter raus – zu dem, was die Freie und Hansestadt Hamburg zu sein beansprucht: eine Mittlerin des Friedens zwischen den Völkern und Erdteilen der Welt. So steht es in der Präambel der Hamburgischen Verfassung.

Biblich gesprochen, gehören Frieden und Gerechtigkeit zusammen. Wo sie ein Bündnis eingehen, da werden – wie es im Psalm 85 so schön und poetisch heißt – Frieden und Gerechtigkeit einander küssen.

Doch noch sind wir nicht so weit. Wir stehen hier, weil wir den Opfern deutscher Rüstungsexporte ein Gesicht und eine Stimme geben wollen. Wir stehen hier kurz vor Ostern, weil Christen Protestleute gegen den Tod sind. Wir stehen hier, weil wir glauben, dass der Tod nicht das letzte Wort hat, auch nicht der Export des Todes in alle Welt. Wir stehen hier, weil wir auf die Botschaft des Jesus aus Nazareth, der selber ein Opfer der Gewalt war, setzen:

„Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Söhne und Töchter Gottes sein.“

Ja, Jesus trägt ein Menschenbild in die Welt, das schon auf der ersten Seite der Bibel formuliert ist: Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, er schuf sie als Mann und als Frau. Jeder Mensch also ein Ebenbild Gottes.

Ein Satz, den das Grundgesetz in seinem ersten Artikel in säkularer Sprache aufgenommen hat:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Und ich füge hinzu: Unser menschlich-göttlich Antlitz bekommt da Würde und Ausstrahlungskraft, wo es Frieden stiftet, wo es Brücken baut zwischen den Völkern, wo es Gerechtigkeit schafft. Frieden stiften heißt nicht, auf dem Sofa zu sitzen und zu sagen: Ich tue niemandem was. Frieden stiften, heißt, auf den anderen, auch auf den Gegner, zuzugehen, ihm in die Augen zu schauen, ihm die Hände zu reichen. Wo wir das tun und so die Initiative ergreifen, werden wir erwachsen, reifen heran zu dem, wofür wir bestimmt sind: Söhne und Töchter Gottes zu sein, befähigt, Frieden zu stiften.

Wo wir uns dazu verbinden und verbünden, wird wahr, was ein anderes Psalmwort (147,14) so sagt:

„Er schafft deinen Grenzen Frieden und sättigt dich mit dem besten Weizen.“

Möge es so sein! Amen.

Ansprache von Christoph Störmer